

Kantone: Italien muss Tunesier behalten

Justizministerin Sommaruga soll sich gegen die europaweite Verteil-Aktion zur Wehr setzen

VON DANIEL GLAUS
UND PASCAL TISCHHAUSER

BERN Bundesrätin Simonetta Sommaruga soll verhindern, dass Flüchtlinge aus Nordafrika auf ganz Europa inklusive der Schweiz verteilt werden. Das fordern die kantonalen Migrationsämter und die Präsidentin der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, Karin Keller-Sutter (siehe Interview).

Nachdem über 20 000 Immigranten vor allem aus Tunesien in Italien gelandet waren, hatte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström vorgeschlagen, «schutzbedürftige Flüchtlinge» auf die Schengen-Staaten zu verteilen. Morgen wird der Vorschlag am Treffen der Schengen-Innenminister in Luxemburg behandelt. Sommaruga müsse sich wehren, ist der Tenor aus den Kantonen. «Man kann nicht plötzlich das System ändern», sagt Keller-Sutter. Eine solche «Lastenverteilung» würde das Dublin-System «aushebeln». Das Dublin-Abkommen besagt, dass ein Asylgesuch nur im Land behandelt wird, in dem ein Immigrant erstmals registriert wurde.

Dieses System drohe zu «implodieren», sagen etliche Kadermitarbeiter von kantonalen Migrationsämtern. Es würden Immi-



FOTO: REUTERS

Tunesische Migranten: Italienische «Schengen-Freipässe»

granten über den Kontinent verteilt, bei denen nicht einmal sicher sei, ob sie bedroht seien.

Sommaruga prüft Hilfe für «besonders belastete Länder»

Justizministerin Sommaruga solle sich morgen auch Amtskollege Roberto Maroni «vorknöpfen», sagen die Migrationsbeamten weiter. Grund: Italien stellt 20 000 illegalen Tunesiern eine «vorläufige Aufenthaltsbewilligung» aus. Die Beamten befürchten, Italien gebe «Schengen-Freipässe» aus, die auch für die Schweiz gelten.

Das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) bestätigt, dass man

damit einreisen könne, es gälten aber Bedingungen wie ausreichende Geldmittel und ein Pass.

Die St. Galler Regierungsrätin Keller-Sutter bezweifelt, dass das Ausstellen der Ausweise laut den Schengen/Dublin-Verträgen überhaupt zulässig ist.

Das Ziel Italiens scheint klar: Mit der «Lastverteilung» und den Papieren will das Land möglichst viele Immigranten loswerden.

Sommarugas EJPD teilt mit, die Schweiz sei nicht bereit, Arbeitsmigranten aus Nordafrika aufzunehmen. Infrage kämen nur Bürgerkriegsflüchtlinge. Zudem wolle «niemand», dass Dublin «aus-

gehebelt» werde, alle Staaten müssten sich daran halten. Doch das System sei nicht für «ausserordentliche Situationen» konzipiert. Man prüfe, wie «besonders belastete Länder zusätzlich unterstützt» werden können.

Italien ist für die kantonalen Migrationsämter auch aus weiteren Gründen «Problemland Nummer eins», wie Beamte sagen. Die Liste ihrer Anliegen ist lang:

► Italien soll die «Obstruktions-taktiken» bei der Rückübernahme der Dublin-Fälle stoppen. Die Frist für Rückführungen betrage bis zu sieben Monate.

► Aus der Schweiz überstellte Migranten soll Rom ausschaffen oder ihnen Asyl gewähren. Bis dreissig Prozent von ihnen kämen in die Schweiz zurück.

► Die Beamten sollen die Neuan-kömmlinge restlos mit Fingerabdrücken registrieren und nicht aufs Festland bringen.

Das Bundesamt für Migration (BFM) geht die Probleme an: Amtschef Alard du Bois-Reymond verhandelt am Dienstag in Rom. Gleichentags wird das BFM die Asylstatistik fürs erste Quartal veröffentlichen. Durchgesickert ist, dass Eritreer neu an der Spitze sind. Grenzwächter beobachteten einen «starken Anstieg» an der grünen Grenze zu Italien.

«Das Dublin-Abkommen würde ausgehebelt»

Karin Keller-Sutter, Präsidentin der Polizeidirektorenkonferenz, hat vor dem EU-Treffen klare Erwartungen an Bundesrätin Sommaruga.

EU-Kommissarin Malmström will Flüchtlinge von Italien auf die Schengen-Staaten verteilen. Was sagen Sie dazu?

Damit habe ich Mühe. Wenn man neu Flüchtlinge einfach verteilt, würde das bisherige Dublin-Abkommen ausgehebelt. Und das ausgerechnet jetzt, wo das System eine Bewährungsprobe bestehen muss. Darum: Dublin first!

Was erwarten Sie also konkret von Bundesrätin Sommaruga?

Das Schweizer Volk hat dem Dublin-Abkommen zugestimmt, und ich gehe davon aus, dass sie morgen darauf pochen wird.

Was halten Sie davon, dass Italien 20 000 Tunesiern eine temporäre Aufenthaltsbewilligung gewährt?



Dank einer solchen Generalamnestie entsteht eine Sogwirkung. Es könnten noch mehr Migranten angelockt werden. Das ist umso problematischer, als die meisten jungen Tunesier gar kein Asylgesuch stellen und offen sagen, sie wollten in Europa einfach arbeiten. Arbeitsmigranten können wir nicht aufnehmen.

Wie soll sich die Schweiz in dieser Situation verhalten?

Trotz vorläufiger Aufenthaltspapiere aus Italien können die Migranten an einer Einreise gehindert werden, etwa wenn sie

kein Einkommen nachweisen können. Das Bundesamt für Migration und die Grenz-wache müssen ihre Kontrollen verschärfen.

INTERVIEW: PASCAL TISCHHAUSER

Keller-Sutter: Sogwirkung dank Generalamnestie